

HANS-GEORG DRAHEIM

Fritz Behrens und Arne Benary als kritische Vordenker einer sozialistischen Wirtschaftstheorie

Das Problem

Die Frage, ob Sozialismus und Warenproduktion (Markt) miteinander vereinbar seien, wird innerhalb der politischen Linken nach wie vor kontrovers diskutiert. Sie spaltet zugleich die marxistische Linke in Befürworter und Gegner der These, daß Sozialismus ohne Warenproduktion theoretisch wie praktisch nicht denkbar sei. Die Befürworter dieser Auffassung, wozu vor allem Fritz Behrens und Arne Benary gehörten, berufen sich auf Marx, indem sie dessen Aussage, daß Sozialismus und Warenproduktion einander ausschließen, mit Blick auf die historische Erfahrung, auf die spezifisch kapitalistische Form der Warenproduktion beziehen. Die »wechselseitige Veräußerung« des Arbeitsproduktes als Ware, die aus der »Isolierung« der Produzenten entspringe, verschwinde, wie sich zeige, noch nicht durch die bloße Aufhebung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln und ihrer Vergesellschaftung. Ausschlaggebend sei vielmehr das absolute Niveau der Produktivkräfte.¹ Die Gegner dieser Auffassung hingegen stützen sich gleichfalls auf Marx, indem sie die Marxsche Kritik der Warenproduktion grundsätzlich auf alle Gesellschaftsformen und damit auf die Warenproduktion schlechthin beziehen.²

Diese kontroverse Marx-Interpretation ist in der politischen wie wirtschaftswissenschaftlichen Literatur und Debatte weit verbreitet, sie findet sich sowohl bei orthodoxen Verfechtern der Marxschen Lehre als auch bei den als modern geltenden demokratischen Sozialisten. Vieles dreht sich dabei um die bekannte These aus dem *Kommunistischen Manifest*, daß die Kommunisten »ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen«³ können. Was jedoch verstehen Marx und Engels unter »Aufhebung des Privateigentums«, wo sie doch an anderer Stelle von der »Abschaffung des Privateigentums« sprechen? Und was verstehen sie unter »Privateigentum«, wenn sie an anderer Stelle von »bürgerlichem Eigentum« sprechen?

Mit einiger Berechtigung kann angenommen werden, daß sie beim »Privateigentum« das »kapitalistische« Eigentum im Auge hatten, und zwar im Unterschied zum Eigentum der »kleinen Warenproduzenten«. Dies zu akzeptieren, wäre für eine Konsensfindung innerhalb der politischen Linken wie für die Sozialismustheorie von signifikanter Bedeutung. Es wäre auch mit Blick auf die geschichtliche Erfahrung die Grundlage für die Anerkennung der Tatsache, daß die Existenz von Ware, Wert und Wertgesetz im Sozialismus unverzichtbar ist.

Hans-Georg Draheim – Jg. 1938; Dr. oec. habil., i. R., studierte Wirtschaftswissenschaften, arbeitete in Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Wirtschaftsstatistik, insbesondere der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, ehrenamtlich in der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V. aktiv; veröffentlicht Konjunkturanalysen und Beiträge zur deutschen Wirtschaft und zum Ausland sowie zur wirtschaftspolitischen Debatte der Linken; zuletzt in der Zeitschrift Sozialismus »Für eine Strategie des langen Weges« (Heft Nr. 3/02).

Trotz der scharfsinnigen Marxschen Analyse der kapitalistischen Ökonomie, ihrer Keimzelle (Ware), Triebkraft (Profit) und Mechanismen (Marktkonkurrenz), blieben die ökonomischen Elemente, Maßstäbe und Antriebskräfte sowie der Mechanismus einer sozialistischen Ökonomie bei ihm weitgehend im dunkeln. Marx kam über die Analyse und Negation der bürgerlichen beziehungsweise kapitalistischen Ökonomie nicht hinaus. Es fehlte der nächste Schritt: die Negation der Negation. Diese Aufgabe, verbunden mit der Suche nach theoretischen Kompromissen, überließ er der Nachwelt.

Konfrontiert mit dem Versuch der Entwicklung einer Theorie sozialistischen Wirtschaftens hat Fritz Behrens das Problem auf den Punkt gebracht: »Seit 50 Jahren wird der sozialistische Gedanke verwirklicht, und in den Ländern, in denen der Sozialismus verwirklicht wird, können die Furien des Privatinteresses die freie wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der politischen Ökonomie folglich nicht mehr behindern. Wie aber kommt es, daß der ›Kritik der politischen Ökonomie‹ noch kein Werk über die sozialistische Ökonomie an die Seite gestellt werden kann, das – wenn es auch nicht das Niveau des ›Kapital‹ erreicht – doch wenigstens den Werken der klassischen bürgerlichen Ökonomie an die Seite zu stellen ist, deren Gedanken Marx in dem bekannten dreifachen Sinn ›aufhob‹? Warum kann die politische Ökonomie des Sozialismus – wenn man von den frühen zwanziger Jahren absieht – über Empirismus und im Höchstfall Historismus nicht hinaus?«⁴ Diese »Lücke« in der ökonomischen Theorie des Sozialismus war immer wieder Ursache scharfer Angriffe gegen die wissenschaftlichen Grundlagen einer marxistischen politischen Ökonomie der Sozialismus.⁵

Zu den schärfsten wissenschaftlichen Kritikern des Sozialismus gehörte der Österreicher Friedrich August von Hayek, ein führender Vertreter des orthodoxen Liberalismus, der die entscheidende Schwachstelle der sozialistischen theoretischen Ökonomie, das Fehlen einer Wirtschaftsrechnung, bloßlegte und das Versagen des Sozialismus vorausahnte. Der konservative Ökonom Ludwig von Mises leitete die »logische und praktische Unmöglichkeit des Sozialismus« aus einer grundsätzlichen Kritik der theoretischen Grundlagen des Staatssozialismus mit dessen zentralistischer Planwirtschaft her. In der »Sozialismus-Debatte« der dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts setzten sich von Hayek und von Mises mit Sozialismustheoretikern auseinander, die schließlich einräumen mußten, das Problem der Wirtschaftssteuerung im staatssozialistischen System nicht überzeugend theoriegestützt lösen zu können. Einer der wichtigsten Kontrahenten in dieser Kontroverse, der polnische Ökonom Oskar Lange, entwickelte als eine Art Kompromiß die Idee eines »Konkurrenz-Sozialismus«.⁶

Auch innerhalb des staatssozialistischen Systems gab es immer wieder Versuche, in diese theoretische Lücke, die – bei Marx beginnend – in der ökonomischen Theorie des Sozialismus klaffte, vorzustoßen. Diese Versuche sind nicht nur mit bedeutenden Namen, wie Bucharin, Kardelj, Dubček und Otta Šik, sondern auch mit bedeutenden historischen Ereignissen in Ungarn und Polen 1956 sowie nicht zuletzt mit dem Prager Frühling von 1968 verbunden. So kam es in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts durch

Mit diesem Aufsatz wird die Veröffentlichung von Beiträgen zu alternativen Ansätzen in der Wirtschaftstheorie, die wir mit dem Aufsatz von Günter Krause im Heft 143 begonnen haben, fortgesetzt.

»An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist ...«. Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 482.

»Wer durch sein Produkt sein eigenes Bedürfnis befriedigt, schafft zwar Gebrauchswert, aber nicht Ware. Um Ware zu produzieren, muß er nicht nur Gebrauchswert produzieren, sondern Gebrauchswert für andre, gesellschaftlichen Gebrauchswert... Um Ware zu werden, muß das Produkt dem andern, dem er als Gebrauchswert dient, durch den Austausch übertragen werden.« Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Band 23, S. 55.

die *Neue Ökonomische Politik* (NÖP) zur verstärkten Nutzung von Marktbeziehungen in der sowjetischen Wirtschaft und zur Diskussion der ökonomischen Probleme des Sozialismus.⁷ Nach der abrupten Wende von 1929 zur administrativen Wirtschaftssteuerung hin kam es in den fünfziger Jahren unter den Ökonomen der DDR und den anderen ehemals sozialistischen Ländern zu einer umfassenden theoretischen Debatte zu Problemen der Warenproduktion und des Wertgesetzes im Sozialismus.⁸ Doch alle Bemühungen um eine Entdogmatisierung einer sozialistischen Ökonomie scheiterten, und zwar aus politischen Gründen, im Interesse der Aufrechterhaltung einer Ordnung, die jede Form wirklicher Dezentralisierung und eine noch so eingeschränkte Autonomie der Produzenten von vornherein ausschloß.

»Seit 50 Jahren wird der sozialistische Gedanke verwirklicht, und in den Ländern, in denen der Sozialismus verwirklicht wird, können die Furien des Privatinteresses die freie wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der politischen Ökonomie folglich nicht mehr behindern. Wie aber kommt es, daß der ›Kritik der politischen Ökonomie‹ noch kein Werk über die sozialistische Ökonomie an die Seite gestellt werden kann, das – wenn es auch nicht das Niveau des ›Kapital‹ erreicht – doch wenigstens den Werken der klassischen bürgerlichen Ökonomie an die Seite zu stellen ist...«

Fritz Behrens: Erste Fassung der Rede zum Colloquium ›Kritik der politischen Ökonomie heute‹. 100 Jahre ›Kapital‹, Frankfurt am Main, September 1967.

In diesen Kontext der Suche nach einer ökonomischen Theorie des Sozialismus gehören auch die theoretischen Positionen von Fritz Behrens und Arne Benary zur Rolle der Warenproduktion im Sozialismus, zur Kritik und Reform einer Ökonomie, die ohne elementare ökonomische Triebkraft, ohne ökonomischen Maßstab und ohne ökonomischen Mechanismus auf Dauer nicht lebensfähig sein kann.

Die bisherige Entwicklung der menschlichen Gesellschaft hat in der Tat gezeigt, daß eine moderne und effiziente gesellschaftliche Produktionsweise in grundlegenden Bereichen der Wirtschaft ohne die Nutzung von Formen des Marktmechanismus auf Dauer nicht existenzfähig ist. Das aber schließt die Entwicklung neuer Formen sozialer und wirtschaftlicher Kooperation, wie sie beispielsweise Non-Profit-Organisationen darstellen, keinesfalls aus, sondern ist im Gegenteil dafür die ökonomische Voraussetzung. Das Scheitern des sowjetischen Modells einer staatssozialistischen Gesellschaftsform hat die Bedeutung einer effizienten Ökonomie für den sozialen Fortschritt und das Fehlen einer entsprechenden ökonomischen Theorie nachhaltig unterstrichen.

Vor dem Hintergrund neuer Anstrengungen zu einer theoretischen Fundierung eines demokratischen Sozialismus erscheinen die ökonomischen Auffassungen von Fritz Behrens und Arne Benary für die politische Linke – nicht nur in Deutschland – nach wie vor bedeutsam wie aktuell. Als marxistische Denker haben sie versucht, zum Staatssozialismus wie zum Kapitalismus eine demokratische Alternative aufzuzeigen. Auch andere Theoretiker, wie zum Beispiel Gunther Kohlmey und Herbert Wolf, gehören im weiteren Sinne zu den ökonomischen Vordenkern eines demokratischen Sozialismus. Doch kommt Behrens und Benary in der frühen DDR zweifellos ein herausragender Platz im theoretisch-geistigen Ringen um die wissenschaftliche Erkenntnis zu, daß der Zentralismus (des Staates oder der Partei) in der Wirtschaftsführung sowie die ökonomische Selbständigkeit der Wirtschaftseinheiten sich gegenseitig ausschließen. Sie plädierten dafür, das Diktat des zentralen Plans durch eine Form (indirekter) ökonomischer Lenkung zu ersetzen.⁹

Diese Vorstellungen gingen der SED-Führung jedoch zu weit. Die Parteiführung befürchtete die Einschränkung ihrer unumschränkten Führungsrolle, die bis in jede Wirtschaftseinheit, bis in die kleinste Belegschaft hineinzureichen hatte. Die Partei distanzierte sich von den Vorstellungen der beiden Wirtschaftswissenschaftler, was zu-

gleich mit ihrer politischen Maßregelung verbunden war. Das erklärt einerseits zugleich die Tatsache, daß Behrens und Benary dem Kreis der von der SED-Führung ausgewählten Wirtschaftsreformer in den sechziger Jahren nicht angehörten. Andererseits waren Behrens und Benary offensichtlich der festen Überzeugung, daß die vorgesehenen Reformen im Rahmen des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) ohne die volle Durchsetzung der ökonomischen Selbständigkeit der Wirtschaftseinheiten und ohne den Übergang von der zentralistischen zur indirekten Wirtschaftsführung wirkungslos bleiben mußten.

Wege zu Marx

Fritz Behrens und Arne Benary verfolgten mit Engagement und Leidenschaft den von der DDR eingeschlagenen Weg, doch blieb das Bemühen um Objektivität die bestimmende Grundlage und der wichtigste Bezugspunkt ihres wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Wirkens. Sie gehörten zur ersten Generation beziehungsweise zur Nachwuchsgeneration von marxistischen Wirtschaftswissenschaftlern in der DDR und prägten das Profil der heranwachsenden Schule von sozialistischen Ökonomen entscheidend mit.

Fritz Behrens erfuhr seine politische und wissenschaftliche Sozialisation in der Weimarer Republik und unter der Nazidiktatur. Schon im Alter von 19 Jahren hatten sich bei Behrens nachhaltig das Interesse für die Politische Ökonomie des Sozialismus und die Neigung für eine akademische Laufbahn herauskristallisiert. Entscheidende Impulse hierzu kamen von der Lektüre des *Kapital* und weiterer Schriften von Karl Marx sowie durch die Bekanntschaft mit Werken von Fichte und Kant. Seine beruflichen Neigungen waren eng verbunden mit einer großen Aufgeschlossenheit für die sozialen Probleme seiner Zeit, die auch im engsten Umfeld seiner Heimatstadt Rostock sichtbar waren. Er bekam Kontakt zum sozialdemokratischen Milieu dieser Stadt, wurde 1926 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und der Sozialdemokratischen Partei. 1932 trat er in die Kommunistische Partei ein. Bemerkenswert ist sein frühes politisches Bekenntnis aus jener Zeit: »Mein Leben hatte... – wie ich glaubte – einen Inhalt: den Kampf für den Sozialismus.«¹⁰

Von da an arbeitete Behrens, wie sich später zeigen sollte, zielstrebig an der Vervollkommnung seiner wirtschaftswissenschaftlichen Kenntnisse und Fähigkeiten. Auf Anregung seines sozialdemokratischen Freundes Alfred Dietze besuchte er die Heimvolkshochschule in Leipzig-Connewitz. Hier erwarb er, sozusagen auf dem zweiten Bildungsweg, im Jahre 1931 das Abitur und studierte bis 1936 Volkswirtschaft und Statistik an der Leipziger Universität. Offenbar erkannte Professor Meerwart, sein Mentor in den Universitätsjahren, die Neigung und das Talent des jungen Behrens für die wissenschaftliche Arbeit. Er förderte dessen Begabungen durch die Vermittlung an das Statistische Reichsamt Berlin, danach an das statistische Reichsamt und an die Karlsuniversität in Prag. An der Prager Universität nahm er einen Lehrauftrag auf dem Gebiet der Statistik wahr. Erwähnenswert ist, daß Behrens in jenen Jahren in Prag sein politisches Engagement in der Illegalität fortsetzte.

Auf Grund seiner wissenschaftlichen Biographie sowie der ungebrochenen sozialistischen Grundüberzeugung gehörte Behrens nach

»Die ›wechselseitige Veräußerung‹ des Arbeitsproduktes als Ware, die aus der ›Isolierung‹ der Produzenten entspringt, verschwindet aber, wie die geschichtliche Erfahrung lehrt, noch nicht durch die bloße Aufhebung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln und ihre Vergesellschaftung.«
Fritz Behrens: *Ware, Wert und Wertgesetz*, Berlin 1961, S. 16.

dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu den Pionieren des gesellschaftlichen Neubeginns in Ostdeutschland. Während seiner Tätigkeit ab 1945 als Mitglied der Kreisleitung der KPD sowie als Stadtrat für Volksbildung und Erziehung in Zwickau bewarb er sich bereits im Jahre 1946 erfolgreich um eine Dozentur an der Universität in Leipzig, die zum Ausgangspunkt einer ungewöhnlichen wissenschaftlichen Karriere werden sollte. Doch nicht nur auf wissenschaftlichem Gebiet, zunächst als Universitätsprofessor für Politische Ökonomie und Statistik in Leipzig, sondern auch im unmittelbar politischen Bereich bekleidete Fritz Behrens im Verlaufe seines Lebens herausragende öffentliche Positionen, zum Beispiel als Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik und Mitglied der Regierung der DDR in der Zeit von 1955 bis 1957. Die Leipziger Jahre, die Behrens später als die wissenschaftlich und politisch fruchtbarste Zeit seines Lebens bezeichnet hat, brachten aus zwei Gründen die wichtigste Zäsur in seinem Leben:

Erstens fiel in diese Zeit das Zusammentreffen mit Arne Benary, seinem Schüler und wichtigsten wissenschaftlichen Wegbegleiter. Die ›Leipziger Jahre‹ markierten nicht nur einen Wendepunkt im Leben dieser beiden Wirtschaftswissenschaftler, sie waren auch die Zeit einer gravierenden Wende in der Entwicklung der DDR. Zweitens erlebte Behrens in jenen Jahren den Beginn der Umwandlung des Marxismus von einer lebendigen ökonomischen Wissenschaft zum politische Dogma des »Sowjetmarxismus«.

Gesellschaftlicher Neubeginn

Zu den Pionieren des gesellschaftlichen Neubeginns im Osten Deutschlands gehörten neben Fritz Behrens zunächst weitere herausragende gesellschaftliche Persönlichkeiten wie Ernst Bloch, Robert Havemann, Wolfgang Abendroth, Hans Mayer und Walter Markov. Ihr Denken und Handeln war wesentlich geprägt vom Marxschen Gedankengut und von ihrer solidarischen Verbundenheit mit der Sowjetunion. Doch von Anfang an war ihr Streben darauf gerichtet, im Osten Deutschlands einen eigenen demokratischen Weg sozialistischer Entwicklung zu gehen. Ein Sozialismus nach dem Modell der Sowjetunion war nach ihrer Auffassung für Deutschland auf Grund der unterschiedlichen geschichtlichen und demokratischen Tradition der beiden Länder nicht möglich. Doch unter Stalins Herrschaft war die Sowjetunion in jener Zeit nicht bereit, innerhalb ihres politischen Einflusses eine eigenständige und von der Sowjetunion abweichende sozialistische Entwicklung zuzulassen. Der Aufbau der künftigen ideologischen, politischen und ökonomischen Machtstrukturen verblieb aus naheliegenden Gründen ausschließlich in den Händen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) sowie eines engen Kreises von KPD-Funktionären. In der Folge kam es schon bald durch die Beschränkung und Festlegung auf den »Sowjetmarxismus« zur ersten »Marxismus-Enteignung« im damaligen Ostdeutschland beziehungsweise in der DDR.¹¹

Wolfgang Abendroth und weitere marxistische Intellektuelle, die schon sehr früh den Irrweg des DDR-Sozialismus erkannten, gingen in den Westen. Andere Wissenschaftler, unter ihnen Walter Markov,

der aus der SED ausgeschlossen wurde, sowie Fritz Behrens, den man öffentlich des »Objektivismus« bezichtigte, wurden ideologisch »abgemahnt«. Dennoch verfolgte der größte Teil von ihnen mit Engagement den eingeschlagenen Weg des Neubeginns in Ostdeutschland. Der Marxismus kämpfte im damaligen Ostdeutschland, so an den Universitäten und Hochschulen, aber auch anderswo, noch um seine gesellschaftliche Anerkennung. Selbst mit der Staatsgründung der DDR war der staatliche Plan noch kein Staatsplan, das gesellschaftliche Eigentum kein Staatseigentum und die SED noch keine Staatspartei im späteren Sinne. Der Weg für die Gesellschaft war objektiv gesehen noch offen für eine Entwicklung zu einem demokratischen Sozialismus, der Weg in die Diktatur des Staatssozialismus somit keinesfalls schon endgültig vorgezeichnet.

In dieser Zeit, so ist aus heutiger Sicht anzumerken, begannen die ersten großen Debatten um den Sozialismus in der DDR.¹² Auch gilt es festzuhalten, daß durch das politische Tauwetter, das nach dem Tode Stalins und nach dem 20. Parteitag der KPdSU eintrat, diese Diskussionen auch in der breiten Öffentlichkeit wesentlich befördert worden sind. Fritz Behrens und Arne Benary waren die geistigen Väter und Initiatoren einer kritischen marxistischen Debatte über die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der DDR.

Marxistische Kritik und ökonomische Alternative

Behrens und Benary hatten in den ökonomischen Problemen der frühen fünfziger Jahre bereits die Kernfrage der staatssozialistischen Wirtschaftsweise erkannt, haben diese wissenschaftlich analysiert und Wege zur Veränderung aufgezeigt. Der magische Punkt war die administrative Führung der Wirtschaft durch den Staat und die Partei, die zum Hemmschuh der Entwicklung geworden war.

Behrens und Benary schlugen vor, die Selbständigkeit der Betriebe, die stärkere Motivation des einzelnen und die ökonomische Lenkung der Handlungen zum Springpunkt einer effizienteren sozialistischen Wirtschaftsweise zu machen. Dabei stellten sie die Bedeutung des Staates und der Partei bei der Leitung der Gesellschaft und der Wirtschaft nicht grundsätzlich in Frage. Sie hatten lediglich eine andere Vorstellung von ihrer praktischen Umsetzung und befürworteten den Übergang von der administrativen zur ökonomischen Führung der Wirtschaft. Ihre konkreten Vorstellungen lassen sich an Hand von zwei zentralen Thesen ihrer ökonomischen Grundauffassung zur Wirtschaftslenkung im Sozialismus verdeutlichen:

Erstens ging es ihnen um das im Prinzip noch ungelöste *Triebkraftproblem* des wissenschaftlich-technischen Fortschritts beziehungsweise das Innovationsproblem im Sozialismus. Vor allem Benary hat sich mit dieser Frage wissenschaftlich beschäftigt und intensiv an ihrer Lösung gearbeitet. Mit der Beseitigung der privaten, kapitalistischen Wirtschaft, so stellte Benary fest, entstehe das zweifache Problem, worin unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Eigentums der Motor des technisch-ökonomischen Fortschritts und der Regulator der Produktion bestehe.¹³ Er war der Auffassung, daß unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Eigentums die »schöpferische Aktivität und Initiative« des einzelnen objektiv zur »ausschlaggebenden Triebkraft des technisch-ökonomischen Fort-

»Nicht das relative Niveau der Vergesellschaftung der Produktion, d. h. ihre einheitliche Entwicklung in Industrie und Landwirtschaft, ist für das Verschwinden der Warenproduktion entscheidend, sondern ihr absolutes Niveau, das auf Grund des hohen Standes der Entwicklung der Produktivkräfte zu einem hohen Stand der Konzentration führt, daß einerseits die Zersplitterung der Betriebe in zahlreiche wirtschaftlich-organisatorisch selbständige Einheiten überwunden und daß andererseits die Verteilung gemäß den Bedürfnissen möglich wird.« Fritz Behrens: *Ware, Wert und Wertgesetz*, Berlin 1961, S. 28.

schritts« werde. Praktisch ging es um die Erhöhung des individuellen Beitrags zum sowie des Anteils am gesellschaftlichen Produkt durch den technisch-ökonomischen Fortschritt. Die so verstandene schöpferische Aktivität und Initiative des einzelnen sowie die planmäßige, bewußte Leitung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses seien somit die zwei entscheidenden Faktoren der »Überlegenheit der sozialistischen über die kapitalistische Produktionsweise«¹⁴.

Aber die Praxis zeigte, daß es nicht gelungen war, beide Faktoren der »Überlegenheit« der neuen Produktionsweise voll auszunutzen. Im Rückstand der Wachstumsraten der Produktion und Arbeitsproduktivität gegenüber den Ziffern des ersten Fünfjahrplanes sah er hierfür ernste Symptome. Sie seien aber ursächlich nicht daraus zu erklären, daß etwa die Einsatzbereitschaft der Werk tätigen zurückgegangen sei oder daß lediglich un reale Pläne aufgestellt worden wären. Daß die Zusammenhänge viel komplizierter sind, wies er an Hand des starken Absinkens der Arbeitsproduktivität bei gleichzeitiger überdurchschnittlicher Normerfüllung in den ersten Quartalen eines jeden Jahres nach. Im gestörten Rhythmus des Produktionsverlaufes erkannte er das signifikante Problem bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität.¹⁵

Dieser objektiv unbegründete »zyklische Verlauf« des Produktionsprozesses zeige, daß es in Wirklichkeit nicht um diese oder jene Unzulänglichkeit der Produktionsorganisation gehe, sondern um ein kardinales Effizienzproblem planmäßiger Wirtschaftsführung überhaupt.¹⁶ Benary war deshalb bestrebt, diesem Widerspruch zunächst theoretisch auf die Spur zu kommen. Indem er Lenins Auffassung zum Verhältnis von Spontaneität und Bewußtheit aufgriff, fand er den Schlüssel für eine Antwort auf diese Frage. Das Problem bestehe darin, so Benary, daß zwischen gesamtgesellschaftlicher Leitung und Planung des Reproduktionsprozesses und schöpferischer Initiative des einzelnen keine logische, sondern eine dialektische Einheit bestehe. Wie jede dialektische Einheit schließe auch diese den Widerspruch, den Gegensatz in sich ein. Die widerspruchsvolle Einheit, als Einheit von Gegensätzen, verliere unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Eigentums jedoch ihren antagonistischen Charakter.¹⁷ Planmäßige Leitung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses heiße nichts anderes als Leitung auf Grund bewußter Ausnutzung der ökonomischen Gesetze. Die schöpferische Aktivität und Initiative des einzelnen schließe – wie jede Massenbewegung – das Element der Spontaneität ein. Eben weil in der Spontaneität die Priorität des Seins vor dem Bewußtsein zum Ausdruck komme, sei die Leugnung der Spontaneität in ihrer gegensätzlichen Einheit mit der Bewußtheit undialektisch und unmaterialistisch zugleich.¹⁸

Das werfe für die sozialistische Ökonomik eine wichtige Frage auf, nämlich die nach dem Kernproblem sozialistischer Leitung und Planung. Sozialistische Gesetze bewußt auszunutzen heiße zunächst, so Benary, Handlungsweisen von Menschen auszunutzen. Wir wüßten aber, daß dieses Handeln zunächst spontan ist, jedenfalls aber das Element der Spontaneität enthalte. »Planmäßige Wirtschaftsführung heißt folglich nicht Unterdrückung der Spontaneität – ihre illusorische – Leugnung, sondern im Gegenteil bewußte Lenkung der Spontaneität.«¹⁹ Die Lenkung der Spontaneität werde durch die Herstellung

solcher objektiver Bedingungen möglich, durch die das spontane Handeln berechenbar werde und notwendig in die bewußt gewollte, geplante Richtung führe. Hierfür gebe es genügend Beispiele. Wenn man die Preisrelationen zwischen den Konsumgütern festsetze, lenke man bewußt das spontane Verhalten der Konsumenten in bezug auf die Nachfrage nach bestimmten Konsumgütern; durch die Differenzierung der Löhne nach Schwerpunkten wird die Verteilung der Arbeitskräfte volkswirtschaftlich gelenkt usw.

Diese Spontaneität im ökonomischen Verhalten der Menschen sei offensichtlich, täglich tausendfach zu beobachten – selbst bei Überzentralisierung und Reglementierung. Wenn zum Beispiel ein Bürger im Einzelhandelsgeschäft einkaufe, so sei er sich des Gesamtzusammenhangs, der ökonomischen Bedeutung dieses Aktes nicht bewußt; er wisse nicht oder brauche nicht zu wissen, daß er Akkumulation realisiere, die Geldzirkulation beeinflusse usw. Sein Verhalten sei vielmehr unmittelbar gegenstandsbezogen.

In unserer Republik, so stellte Benary fest, vollzog sich die gesellschaftliche Praxis auf der Grundlage der These von der entscheidenden Rolle des Staates und der Partei im gesamten Prozeß des Aufbaus der sozialistischen Ökonomik, auf allen Ebenen, in jedem Betrieb, in jedem Kollektiv und jeder wirtschaftlichen Einheit, das heißt letztlich in jeder Einzelheit des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses. So sei es unvermeidlich gewesen, daß sich in den letzten Jahren ein Widerspruch zwischen den veränderten ökonomischen Bedingungen einerseits und der Aufrechterhaltung vorwiegend administrativer Methoden der Wirtschaftsführung entwickelt hätte, wodurch ein Konflikt zwischen zentraler Leitung und Planung und der schöpferischen Aktivität beziehungsweise dem ökonomischen Handeln des einzelnen entstanden sei. Hierin liege die entscheidende Ursache für das Zurückbleiben der Fortschrittsrate der Produktion, worin die Produktivitätssteigerung, die Senkung der Selbstkosten und die Erhöhung der Akkumulation eingeschlossen seien. Dazu zählte auch das gleichzeitige Auftreten von Kaufkraftüberhang, Überbeständen sowie Disproportionen zwischen Produktivitäts- und Lohnentwicklung. Obwohl die besonderen Bedingungen des Aufbaus wie Disproportionen infolge der Teilung Deutschlands sowie Boykottmaßnahmen des Westens unbestreitbar seien, lägen die wesentlichen Ursachen in Mängeln der Wirtschaftsführung. Die potentielle Überlegenheit gegenüber der ökonomischen Triebkraft des Kapitalismus, die bedingt sei durch die Beseitigung des Antagonismus zwischen persönlichen und gesellschaftlichen Interessen, zwischen spontanem und bewußtem Handeln des einzelnen, komme durch administrative Führungsmethoden nicht zur vollen Entfaltung. Aufgabe der sozialistischen Leitung und Planung sei es deshalb, dies mittels einer ökonomischen Lenkung der Wirtschaft zu gewährleisten.

Zweitens beschäftigten sich Behrens und Benary theoretisch und praktisch sehr intensiv mit dem Problem der optimalen Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit entsprechend den Bedürfnissen auf die Bereiche und Zweige der Volkswirtschaft insgesamt sowie auf einzelne Erzeugnisse und Leistungen, dem sogenannten *Allokations-*

problem. Dies könne, was die Proportionen im einzelnen betreffe, auf zwei Wegen geschehen. Entweder durch administrative Methoden der Leitung und Planung, beispielsweise mittels zentraler Preisbildung und Entscheidung. Oder durch ökonomische Lenkung, beispielsweise mittels – kontrollierter – dynamischer Marktpreisbildung. Behrens vertrat die Auffassung, daß die – wenn auch begrenzte – Rolle des Wertgesetzes als Regulator in der Warenzirkulation darin bestehe, daß der Wert die Grundlage der Preisbildung sei und daß die Preise die Aufgabe hätten, die Produktion dem Bedarf der Konsumenten entsprechend zu lenken, das heißt eine bedarfsgerechte Produktion zu vermitteln, aber auch die Nachfrage den objektiven Erfordernissen der Produktion entsprechend zu beeinflussen.²⁰ Doch es sei wichtig, dabei zu beachten, daß die gesellschaftlich notwendige Arbeit und somit der Wert der einzelnen Güter doppelt bestimmt sei. Auch wenn, von der Produktion her gesehen, gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit in der Produktion verausgabt wurde, müsse erst durch die Realisierung der produzierten Waren bestätigt werden, daß sie gesellschaftlich notwendig waren, das heißt, daß sie dem vorhandenen Bedarf entsprechen. Die in der Abteilung II der gesellschaftlichen Produktion verausgabte Arbeit müsse sich auch in der sozialistischen Planwirtschaft als Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit »nachträglich« bewähren. Tue sie das nicht, dann wäre die in der Produktion vergegenständlichte Arbeit ganz oder teilweise nutzlos vertan. Wenn aber die Produktion der Konsumtionsmittel nicht bedarfsgerecht ist, dann könne natürlich auch die Produktion der Produktionsmittel nicht bedarfsgerecht sein, weil die Produktionsmittel nicht um ihrer selbst willen, sondern letztlich für die Produktion von Konsumtionsmitteln erzeugt werden.

Das entscheidende Problem sei allerdings, daß die produzierte Menge zwar insgesamt, global, durchaus den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechen könne. Es müsse aber für jede einzelne Ware kontrolliert werden, ob sie nach Aufwand, Art und Qualität der Nachfrage entspreche. Wenn zum Beispiel produzierte Güter nicht realisierbar seien, weil der Preis zu hoch ist oder weil Art und Qualität nicht den Wünschen der Konsumenten entsprächen, so folge daraus notwendig, daß der gesellschaftliche Charakter der in diesen Produkten vergegenständlichten Arbeit nicht anerkannt werde.²¹ Diese elementaren Prozesse wiederum seien in ihrer Vielfalt, jedenfalls auf vernünftige Weise, administrativ nicht beherrschbar. Auf effiziente Weise sei das nur mit Hilfe eines Preissystems möglich, das die objektiven ökonomischen Gesetze richtig widerspiegele.

Die Vorstellungen von Behrens über die Notwendigkeit und Wirkung eines solchen Preissystems lassen sich kurz wie folgt umreißen:

Erstens: Wenn das Wertgesetz auch nicht mehr Regulator der sozialistischen Produktion ist, so wirkt es doch infolge einer – wenn auch begrenzten – regulierenden Rolle in der Warenzirkulation noch auf die Produktion ein. Über die Zirkulationssphäre hat es Einfluß auf die Struktur der Produktion der Abteilung II, der Produktion von Konsumtionsmitteln, und daher auch auf die Produktion von Produktionsmitteln.

Zweitens: Das Wertgesetz muß vor allem bei der Preisbildung berücksichtigt werden. Die Preise der Produkte und Waren weichen

»Der Wert ist auch in einer sozialistischen Wirtschaft eine Kategorie, die gesellschaftliche Verhältnisse zum Ausdruck bringt, die auf Grund historischer Bedingungen entstanden sind, obwohl die Warenproduktion unter sozialistischen Bedingungen einen grundsätzlich anderen gesellschaftlichen Inhalt hat als die einfache oder kapitalistische Warenproduktion.«
Fritz Behrens: *Ware, Wert und Wertgesetz*, Berlin 1961, S. 13.

in verschiedenem Ausmaß von ihren Selbstkosten ab, und zwar vor allem wegen der unterschiedlichen Arbeitsproduktivität in den einzelnen Betrieben. Daher enthielten die Preise auch einen unterschiedlich großen Überschuß über die Selbstkosten. Ökonomisch begründete Preise wirkten organisierend und mobilisierend auf die betriebliche Produktion. Dies stimuliere die Verbesserung des Sortiments, die planmäßige Akkumulation und folglich die sparsame Verwendung von vergegenständlichter und lebendiger Arbeit. Ist ein solches Preissystem allerdings nicht vorhanden, kann die wirtschaftliche Rechnungsführung untergraben, das Prinzip der materiellen Interessiertheit an der Arbeit des Betriebes verletzt werden. Die zentrale Festsetzung unveränderlicher Preise kann dieser Seite der regulierenden Wirkung des Wertgesetzes nicht gerecht werden.

Dittens: Ein ökonomisch richtiges Preissystem muß zum einen richtige Relationen zwischen den Preisen verschiedener Produktarten herstellen, zum anderen die planmäßige Verbesserung des Sortiments und der Qualität der Produkte gewährleisten und schließlich die Rentabilität des Betriebes und der Akkumulation der Volkswirtschaft garantieren.

Viertens: Die Preisbildung muß, damit sie beiden Seiten des Wertes gerecht wird, folgende Stufen berücksichtigen:

- die Preise der Produktionsmittel für die Abteilung I – auf der Grundlage sinkender Durchschnittskosten und gestiegener Arbeitsproduktivität als langfristig sinkende Festpreise;
- die Preise der Produktionsmittel für die Abteilung II – auf der Grundlage sinkender Durchschnittskosten als Mindestpreise, die von den Betrieben nach oben überschritten werden können, wenn sie zum Beispiel durch verbesserte Qualität höhere Preise erlangen könnten;
- die Preise der Konsumtionsmittel – auf der Grundlage sinkender Durchschnittskosten als Höchstpreise, die von den Betrieben bei entsprechender Marktlage unterschritten werden könnten.

Durch eine solche Art der Preisbildung, so die Auffassung von Behrens, würde die notwendige Elastizität der Preise als Regulator der Warenzirkulation erreicht werden, ohne daß der Prozeß der Preisbildung spontanen Charakter annehmen und die planmäßige Akkumulation der Volkswirtschaft gefährden würde.²²

Angesichts dessen, daß diese – exemplarisch herausgegriffenen – Thesen wahrscheinlich die praktischen Entwicklungsprobleme sozialistischer Gesellschaften (noch) nicht annähernd gelöst hätten, muß aus heutiger Sicht die Frage erlaubt sein, warum sie dafür von der SED-Führung als ›Revisionisten‹ verurteilt wurden. Lassen wir Behrens in dieser Angelegenheit selbst zu Wort kommen. »Worauf«, so fragt Behrens, »läuft mein Vorschlag hinaus? Er läuft darauf hinaus, bis zur Überwindung der Knappheit bei den wichtigsten Konsumtionsmitteln innerhalb gewisser, genau abgesteckter Grenzen eine freie Preisbildung zuzulassen. Das wird dazu führen, daß die Produktion sich schneller als bisher dem sich verändernden Bedarf anpaßt und ist nichts weiter als eine konsequente Ausnutzung des noch innerhalb gewisser Grenzen als Regulator in der Zirkulationssphäre wirkenden Wertgesetzes.

Selbstverständlich kann nicht die Rede davon sein, den kapitalistischen Preismechanismus wieder einzuführen. Es geht nur darum,

»Es versteht sich... von selbst, daß nicht vom Tage einer Revolution an eine neue Wirtschaftsordnung zutage treten kann, eine Wirtschaftsordnung ohne Herrschaft von Markt und Wertgesetz, sondern daß eine solche neue Wirtschaftsordnung sich nur entwickeln kann, wenn der Wert ›wertlos‹ wird...Das bedeutet jedoch nicht, daß der Wert verschwindet, aber daß er transparent wird als das, was er ist: verdinglichtes gesellschaftliches Verhältnis. Das wiederum ist nicht identisch mit Aufhebung der Warenproduktion, sondern mit der Verwirklichung einer sich selbst verwaltenden Gesellschaft auf der Grundlage einer Produzentenselbstverwaltung, die Ware, Wert und Wertgesetz in einem zwar zentralen, aber nicht direkt, sondern indirekt strukturierenden und funktionierenden Plan integriert.«
Fritz Behrens: Abschied von der sozialen Utopie, Berlin 1992, S. 137 f.

das Gesetz von Angebot und Nachfrage für die Bildung eines – ökonomisch richtigen – Preissystems auszunutzen. Nur durch innerhalb gewisser Grenzen veränderliche Preise kann die regulierende Rolle des Wertgesetzes in der Zirkulation und seine Einwirkung auf die Produktion von Konsumtionsmitteln verwirklicht werden. Ein System unbeweglicher Preise kann bestenfalls vorübergehend ein ökonomisch richtiges Preissystem sein.«²³

Fazit

Es war im Jahre 1957, auf dem Höhepunkt einer öffentlichen Kampagne, als zwei Arbeiten dieser Ökonomen unter dem Deckmantel mangelnder Wissenschaftlichkeit politisch verurteilt und als revisionistisch abgelehnt wurden. Es blieb Karl Kampfert im 3. Sonderheft der *Wirtschaftswissenschaft*²⁴ vorbehalten, die offizielle Sicht der SED-Führung, die schließlich der Begründung des Revisionismusvorwurfs gegen Behrens und Benary diene, zu formulieren. In den Thesen von Behrens und Benary komme »der Versuch der Revision bestimmter Prinzipien des Marxismus-Leninismus« im wesentlichen bei der Behandlung folgender Hauptprobleme zum Ausdruck:

1. Bei der Darstellung der Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats, besonders der Staatstheorie;
2. Bei der Behandlung der Rolle und des Wirkungsbereichs des Wertgesetzes im Sozialismus;
3. Bei der Untersuchung der Beziehungen zwischen Spontaneität und Bewußtheit in der sozialistischen Gesellschaft.

Die Veröffentlichung des gemeinsamen Buches von Behrens und Benary *Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode* wurde bereits zuvor verboten. Im Zusammenhang mit der Revisionismuskampagne gegen Behrens und Benary wurde auch Gunther Kohlmei gemäßregelt. Doch dessen »Abstrafung« war vergleichsweise moderat. Er wurde einerseits dafür gelobt, daß er die Auffassungen von Behrens und Benary ablehne. Andererseits wurde jedoch bemängelt, daß auch bei ihm in bestimmten Fragen eine Überbetonung der marktwirtschaftlichen Seite des Sozialismus erkennbar sei, so in Fragen der Geld- und Kreditpolitik. Die polit-ökonomischen Auffassungen von Behrens und Benary wurden jedoch grundsätzlich und in Gänze abgelehnt und als revisionistisch verurteilt.

Infolgedessen verloren Behrens und Benary nicht nur ihren Auftrag im Lehrbetrieb an der Universität Leipzig, die seit 1953 den Namen »Karl Marx« trug, auch die Verbreitung ihrer wissenschaftlichen Ansichten wurde praktisch verboten. In den Kreisen von Wirtschaftswissenschaftlern an den Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten der DDR, und nicht nur hier, gehörte es damals zum guten Ton, daß der von der SED-Führung über Behrens und Benary gefällte Bannspruch befolgt wurde.

Während Arne Benary im Jahre 1970 den Freitod wählte, hat Fritz Behrens bis zu seinem Tode im Jahre 1980 noch eine Reihe weiterer Beiträge zu wichtigen Teilproblemen der ökonomischen Theorie geleistet, so vor allem zur Werttheorie im Sozialismus, zur Preis- und Kostentheorie sowie zur Theorie und Messung der Arbeitsproduk-

tivität. Zu letzterem gehört die Entwicklung der ›Zeitsummenmethode‹.

In seinen postum erschienenen Arbeiten äußert sich Behrens auch zu einigen philosophischen Aspekten des Effektivitätsproblems im Sozialismus.²⁵ Dort vertritt er die Auffassung, daß der Sozialismus im Verlaufe seiner Geschichte von zwei Grundzügen beherrscht wurde, von dem einer Despotie aber auch von dem einer Demokratie. Legitim könne nur eine demokratische Herrschaft sein. Illegitime – despotische – Herrschaft beruhe auf Unterordnung und Gehorsam, legitime – demokratische – auf Einordnung und Freiwilligkeit. Beide Grundformen, so Behrens, seien mit Zwang verbunden, aber der Zwang der despotischen Herrschaft beruhe auf Gewalt, der einer demokratischen auf Einsicht. Herrschaft ohne Zwang ist nach Behrens nicht möglich, wenn die individuelle Freiheit anderer eingeschränkt werden müsse, bei despotischer Herrschaft im Interesse der Freiheit der Herrschenden, bei demokratischer im Interesse anderer – gesellschaftlich gleicher – Individuen.

Bei Marx, so Behrens, bestand die individuelle Freiheit des Menschen nicht darin, daß sie eine antagonistische Kraft gegenüber dem Gesamtinteresse darstellt. Sie sollte mit diesem zusammenfallen, wenn man entsprechende Verhältnisse schafft. War es Zufall oder Notwendigkeit, fragt Behrens, was dem sozialistischen Gedanken geschah? Die Geschichte führte nicht zu einer sozialistischen Gesellschaft, sie führte kraft der Ökonomie zu einer (sozialistischen) Variante des Staatsmonopolismus.

Der real existierende Sozialismus war für den späten Behrens ein Rückfall hinter die als politische Demokratie erreichte Stufe der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft. Der Liberalismus, so meinte er, gehe davon aus, daß der Mensch von Natur aus ein egoistisches Wesen sei. Der Ausgleich der widersprüchlichen Interessen der Menschen sei dann nur durch ein rationales Rechtswesen möglich. Marx' Auffassung sei eine völlig andere. Für Marx sei die individuelle Freiheit eine positive Freiheit, die ihren Grund im Wesen des Menschen als eines Ensembles gesellschaftlicher Verhältnisse habe, bemerkte der späte Behrens mit kritischem Blick auf die Wirklichkeit. Kolakowski kritisiere daher zu Recht die »faktische Abwesenheit der menschlichen Physis« im Weltbild von Marx.²⁶

Sozialismus sei wirtschaftlich möglich, aber nur im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft. Die Republik, verstanden als sozialistische Demokratie, als Gewalt mit Freiheit und Gesetz, erscheint Behrens als einzig möglicher letzter Kompromiß, der das Überleben der Gattung Mensch gestatte. Damit verbunden ist die notwendige Anerkennung demgemäßer Formen der Wirtschaftsorganisation, in denen die »historische Fundsache Markt«²⁷ wahrscheinlich genauso ihren legitimen Platz hat wie das damit unweigerlich verbundene Fortbestehen egoistischer individueller Interessen, die es in ein zukunftsfähiges gesellschaftliches Ganzes rückzubinden gilt.

Mit dieser These markiert Behrens in gewisser Weise den unvermeidlichen Wandel vom traditionellen zum modernen marxistischen Denken. Insofern ist der Titel seines postum erschienenen Buches *Abschied von der sozialen Utopie?* keinesfalls ein Dokument der Resignation, wie manche meinen mögen. Im Gegenteil, es ist geradezu

»Der ›Fehler‹ der bürgerlichen Ökonomen besteht darin, daß sie ohne weiteres unterstellen, die planmäßige Leitung des gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozesses im Sozialismus sei gleichbedeutend mit der zentralen Administrierung und Reglementierung des gesamten Wirtschaftslebens in allen seinen Einzelheiten. In Wirklichkeit ist die sozialistische Planwirtschaft ihrem Wesen nach damit völlig unvereinbar. Eine Methode der Wirtschaftsführung, die die Entfaltung der schöpferischen Aktivität der Werktätigen ausschließt, widerspricht zutiefst dem Wesen der sozialistischen Produktionsweise.«

Arne Benary: Zu Grundproblemen der Politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode, in: *Wirtschaftswissenschaft*, 3. Sonderheft, 1957.

das Motto für einen neuen Aufbruch, das Programm für ein grundlegendes Umdenken innerhalb der politischen Linken. Wovon es in der Tat Abschied zu nehmen gilt, das ist die Utopie von einem ›idealen‹ oder ›reinen‹ Sozialismus, von einem Sozialismus ohne Ökonomie.

Wenn Sozialismus möglich sein soll, dann muß er dem Kapitalismus zwangsläufig nicht nur politisch, sozial und ökologisch, sondern auch und vor allem ökonomisch überlegen sein. Von Marx wissen wir, daß die Produktion die materielle Grundlage der gesamten Lebensweise der menschlichen Gesellschaft ist.

Um für dieses Ziel erfolgreich streiten zu können, braucht die politische Linke eine adäquate ökonomische Theorie des Sozialismus. Ohne eine solche Theorie kann sie ihre politischen und gesellschaftlichen Ziele und ihr Programm weder klar definieren noch überzeugend begründen. Ziele sozialistischer Politik sind, wie die geschichtliche Erfahrung zeigt, ohne eine entsprechende ökonomische Basis nicht realisierbar. Die Linke muß ihr Verhältnis zur Ökonomie grundlegend überdenken und verändern, wenn sie die kulturelle und soziale Hegemonie erringen und die Gesellschaft sozialistisch gestalten will. Das ist die wichtigste Botschaft, die Behrens und Benary der politischen Linken mit ihrem Werk hinterlassen haben.

- 1 Vgl. Fritz Behrens: *Ware, Wert und Wertgesetz – Kritische und selbstkritische Betrachtung zur Werttheorie im Sozialismus*, Berlin 1961, S. 16 ff.
- 2 Vgl. Horst Richter: *Die Marxsche Theorie der Warenproduktion und des Wertes und die Konzeption einer sozialistischen Marktwirtschaft*, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., *Beiträge des Kolloquiums in Leipzig am 21. April 2001*, Leipzig 2001.
- 3 Vgl. Karl Marx, Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei*, in: MEW, Bd. 4, S. 475.
- 4 Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.: *»Ich habe einige Dogmen angetastet ...«*, Werk und Wirken von Fritz Behrens, Leipzig, 1999, S. 135.
- 5 Vgl. dazu Arndt Hopfmann: *»... eine gewisse unrichtige Auffassung« – über »Einheit« und Reformfähigkeit*, in: UTOPIE kreativ, Nr. 99 (Januar 1999), S. 46 ff.
- 6 Zur Mises/Hayek/Lange-Kontroverse um die mangelnde Steuerungsfähigkeit zentral geplanter Wirtschaftssysteme vgl. unter anderem: David Lavoie: *Rivalry and Central Planning – The Socialist Calculation Debate*, Cambridge 1985; Włodzimierz Brus, Kazimierz Laski: *From Marx to the Market. Socialism in Search of an Economic System*, New York 1991.
- 7 Vgl. Joachim Bischoff, Michael Menard: *Marktwirtschaft und Sozialismus*, Hamburg 1990, S. 63 ff.
- 8 Vgl. Günter Krause: *Wirtschaftstheorie in der DDR*, Marburg 1998, S. 115 ff.
- 9 Zu dieser Konsequenz und Eindeutigkeit seiner ökonomischen Auffassungen zum Sozialismus gelangte Behrens, der Zeit seines Lebens mit den politischen Zielen der SED eng verbunden blieb, bereits in der DDR-Zeit der fünfziger Jahre.
- 10 Helmut Steiner: *Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909 – 1980)*, Leipzig 1996.
- 11 Vgl. ebenda, S. 2.
- 12 Vgl. Günter Krause: *Wirtschaftstheorie*, a. a. O., S. 32 ff.
- 13 Vgl. Arne Benary: *Zu Grundproblemen der Politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode*, in: *Wirtschaftswissenschaft*, 3. Sonderheft (1957), S. 65.
- 14 Ebenda, S. 67 und 70.
- 15 Vgl. ebenda, S. 71.
- 16 Vgl. ebenda.
- 17 Vgl. ebenda, S. 72 und 78.
- 18 Vgl. ebenda, S. 75.
- 19 Ebenda, S. 76.
- 20 Vgl. Fritz Behrens: *Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode*, in: *Wirtschaftswissenschaft*, 3. Sonderheft (1957), S. 136.
- 21 Vgl. ebenda.
- 22 Vgl. ebenda, S. 139.
- 23 Vgl. ebenda, S. 139 f.
- 24 Vgl. Karl Kampfert: *Gegen das Aufkommen revisionistischer Auffassungen in der Wirtschaftswissenschaft*, in: *Wirtschaftswissenschaft*, 3. Sonderheft (1957), S. 2 f.
- 25 Vgl. Fritz Behrens: *Abschied von der sozialen Utopie?*, Berlin 1992.
- 26 Vgl. ebenda, S.49.
- 27 Vgl. Elmar Altwater: *Die Zukunft des Marktes*, Münster 1991.